

Aufgrund des §19 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) vom 16. August 1993 (GVBl. Nr. 23, S. 501), in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. Nr. 2, S. 41)

und §1 Abs. 1 und 2 und §5 Abs. 1 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes vom 09. August 1991 (GVBl. Nr. 17, S.329), zuletzt geändert mit Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes vom 24.10.2001 (GVBl. Nr. 8, S.265), hat der Gemeinderat der Gemeinde Weinbergen in seiner Sitzung am 03.07.2003 folgende Vergnügungssteuersatzung beschlossen:

Vergnügungssteuersatzung

§ 1

Steuergegenstand

Die Gemeinde erhebt Vergnügungssteuer für die folgenden im Gemeindegebiet veranstalteten Vergnügungen gewerblicher Art:

1. Tanz- und karnevalistische Veranstaltungen;
2. Veranstaltungen von Schönheitstänzen, Schaustellungen von Personen und Darbietungen ähnlicher Art;
3. Veranstaltungen, bei denen Filme, bespielte Videokassetten, Bildplatten oder vergleichbare Bildträger vorgeführt werden, die der obersten Landesbehörde nicht gemäß §6 Abs. 1 bis 4 des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit in der Fassung vom 25. Februar 1985 (BGBl. IS. 425) freigegeben worden sind;
4. Das Ausspielen von Geld oder Gegenständen in Spielclubs, Spielcasinos oder ähnlichen Einrichtungen;
5. Der Betrieb von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten und -automaten (einschließlich der Apparate und Automaten zur Ausspielung von Geld und Gegenständen sowie Musikautomaten, ausgenommen Spielgeräte für Kleinkinder) in Gaststätten, Vereinsräumen, Kantinen und an anderen Orten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind.

§ 2

Steuerbefreite Veranstaltungen

Von der Steuer sind befreit:

1. Veranstaltungen, die von kulturellen Organisationen oder Filmclubs durchgeführt werden, wenn der Zweck der Veranstaltung ausschließlich in der Darstellung kultureller, wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildungsfragen und in der Diskussion oder Belehrung darüber besteht;
2. Veranstaltungen, die in der Zeit vom 29. April bis 2. Mai aus Anlass des 1. Mai von politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen von Behörden oder von Betrieben durchgeführt werden sowie Veranstaltungen anlässlich des 3. Oktober (Tag der Wiedervereinigung);

3. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen Zwecken verwendet wird, wenn der mildtätige Zweck bei der Anmeldung nach §13 angegeben worden ist.

4. Veranstaltungen, die durch ortsansässige Vereine durchgeführt werden, sowie Volksfeste und Traditionsveranstaltungen, die durch die Inhaber der Gemeindegaststätten durchgeführt werden.

§ 3 Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung.

Als Unternehmer der Veranstaltung gilt auch der Inhaber der Räume oder Grundstücke, in denen Veranstaltungen stattfinden, wenn er im Rahmen der Veranstaltungen Speisen oder Getränke verkauft oder unmittelbar an den Einnahmen oder dem Ertrag aus der Veranstaltung beteiligt ist.

§ 4 Steuerform

1) Die Steuer ist für jede Veranstaltung gesondert zu berechnen.

2) Die Steuer wird als Kartensteuer (§§ 5-8), als Pauschsteuer (§§ 9-11) oder als Steuer nach der Roheinnahme (§12) erhoben.

3) In der Form der Kartensteuer wird die Steuer erhoben, sofern und soweit die Teilnahme an der Veranstaltung von der Lösung von Eintrittskarten oder sonstigen Ausweisen abhängig gemacht ist, es sei denn, dass die Steuer als Pauschsteuer oder nach der Roheinnahme (Abs. 4) zu erheben ist.

4) Nach der Roheinnahme wird die Steuer erhoben, wenn die Voraussetzungen für die Erhebung der Pauschsteuer nicht gegeben sind und entweder auch die Voraussetzungen für die Erhebung in der Form der Kartensteuer nicht gegeben sind oder die Durchführung der Kartensteuer nicht hinreichend überwacht werden kann.

Kartensteuer

§ 5 Steuermaßstab

1) Die Kartensteuer ist nach dem auf der Karte angegebenen Preis zu berechnen. Sie ist nach dem tatsächlichen Entgelt zu berechnen, wenn dieses höher oder nachweisbar niedriger ist.

2) Entgelt ist die gesamte Vergütung, die für die Teilnahme an der Veranstaltung gefordert oder geleistet wird. Zum Entgelt gehören auch die etwa gesondert geforderte Steuer und die Vorverkaufsgebühr.

3) Sind in dem auf der Karte angegebenen Preis oder in dem Entgelt Beträge für Speisen und Getränke enthalten, so sind diese Beträge nach den in Betrieben vergleichbarer Art üblichen Sätzen außer Ansatz zu lassen.

4) Teile des auf der Karte angegebenen Preises oder des Entgeltes bleiben außer Ansatz, wenn sie einem Dritten zu einem von der Gemeinde als förderungswürdig anerkannten Zweck zufließen.

§ 6 Ausgabe von Eintrittskarten

- 1) Eintrittskarten müssen mit laufenden Nummern und Steuerstempel versehen sein, die Veranstaltung kennzeichnen sowie das Entgelt oder die Unentgeltlichkeit angeben.
- 2) Wird für die Teilnahme an einer Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, so ist der Unternehmer verpflichtet, an alle Personen, denen der Zutritt gestattet wird, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise auszugeben. Die entwerteten Karten sind den Teilnehmern zu belassen und von diesen der Gemeinde auf Verlangen vorzuzeigen.
- 3) Der Unternehmer hat der Gemeinde vor der Veranstaltung die Eintrittskarten vorzulegen, die dazu ausgegeben werden sollen. Die Karten müssen bei der Gemeinde abgestempelt werden, wenn sie nicht von einer Vertragsdruckerei der Gemeinde gedruckt worden sind.
- 4) Über die ausgegebenen Karten hat der Unternehmer für jede Veranstaltung einen fortlaufenden Nachweis zu führen.
Die nicht ausgegebenen Karten sind drei Monate aufzubewahren und der Gemeinde auf Verlangen vorzulegen.
- 5) Die Gemeinde kann Ausnahmen von den Absätzen 1 bis 4 zulassen.

§ 7 Steuersätze

Die Steuer beträgt

- | | |
|--|----------------|
| 1. bei Tanz- und karnevalistischen Veranstaltungen
(§1 Nr. 1) | 5 vom Hundert |
| 2. bei Filmvorführungen
(§1 Nr. 3) | 10 vom Hundert |
| 3. in allen anderen Fällen
(§1 Nr. 2 und 6) | 5 vom Hundert |

des Preises oder Entgelts.

§ 8 Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Steuerschuld

- 1) Die Steuer entsteht mit Beginn der Veranstaltung.
- 2) Über die ausgegebenen Karten ist innerhalb von drei Tagen nach der Veranstaltung mit der Gemeinde abzurechnen. Die Abrechnung mit der Gemeinde gilt als Steuererklärung. Die Gemeinde kann andere Abrechnungszeiträume zulassen.

3) Die Gemeinde setzt die Steuer fest und gibt sie dem Steuerschuldner bekannt. Die Steuer mindert sich nach der Zahl und dem Preis derjenigen Karten, die gegen Erstattung zurückgenommen worden sind.

4) Soweit die Gemeinde nichts anderes vorschreibt, ist die Steuer innerhalb von zwei Wochen nach der Bekanntgabe an den Steuerschuldner fällig.

Pauschsteuer

§ 9 Spielapparatesteuer

(1) Die Steuer beträgt

1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit

in Gaststätten	38,00 €
in Spielhallen	77,00 €
je Kalendermonat und Gerät	

2. für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit mit Ausnahme der Apparate nach Ziffer 3

in Gaststätten	20,00 €
in Spielhallen	41,00 €
je Kalendermonat und Gerät	

3. für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeit dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben

je Kalendermonat und Gerät	205,00 €
----------------------------	----------

(2) Angefangene Kalendermonate sind voll zu berechnen.

§ 10

Entstehung und Fälligkeit der Steuerschuld, Steuererklärung

1) Die Steuer entsteht mit der Inbetriebnahme des in §9 bezeichneten Gerätes.

2) Die Steuer ist am 15. des (folgenden) Kalendermonats fällig.

Auf Antrag kann die Gemeinde

a) eine vierteljährliche Fälligkeit für das erste bis vierte Vierteljahr zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres
oder

b) eine jährliche Fälligkeit zum 1. Juli eines jeden Jahres gestatten.

3) Die Gemeinde kann vom Unternehmer verlangen, die Geräte gemäß §9, für die im laufenden Kalendermonat die Steuer entsteht, auf einer von der Gemeinde vorgeschriebenen Erklärung nach Art, Anzahl und Aufstellort anzugeben. In der Erklärung kann auch bestimmt werden, dass der Unternehmer die Steuer selbst zu berechnen hat (Steueranmeldung).

§11

Befreiung von der Steuerabgabe

Auf Antrag können von der Steuerabgabe befreit werden:

- a) Vereine, Kirmesburschen und sonstige Veranstalter, soweit die Veranstaltungen im öffentlichen Interesse liegen, wie z.B. Erhalt der Kultur und Traditionspflege.
- b) bei Mindereinnahmen aus Veranstaltungen nach Vorlage der Abrechnung;

Der Gemeinderat trifft hierzu Einzelentscheidungen. Der Antrag beinhaltet keinen Rechtsanspruch.

§ 12

Pauschsteuer nach der Größe des benutzten Raumes

- 1) Für Veranstaltungen, die im wesentlichen der Gewinnerzielung aus der Verabreichung von Speisen und Getränken dienen oder, wenn die Voraussetzungen für die Erhebung der Kartensteuer nicht hinreichend überwacht werden kann, oder wenn sich bei der Erhebung in der Form der Pauschsteuer ein höherer Steuerbetrag ergibt, wird die Steuer nach der Größe des benutzten Raumes erhoben.
- 2) Die Größe des Raumes wird festgestellt nach der Fläche der für die Vorstellung und Zuschauer bestimmten Räume einschließlich der Räume, Logen und Galerien, Wandelgängen und Erfrischungsräumen, aber ausschließlich der Bühnen- und Kassenräume, der Kleiderablage und Aborte. Findet die Veranstaltung ganz oder teilweise im Freien statt, so sind von den im Freien gelegenen Flächen nur die für die Vorführung und die Zuschauer bestimmten Flächen einschließlich der dazwischen gelegenen Wege und angrenzenden Veranden, Zelte und ähnliche Einrichtungen anzurechnen.
- 3) Die Steuer beträgt 0,60 €, bei den in §1 Nr. 2 bezeichneten Veranstaltungen 1,00 € für jede angefangene 10 m² Veranstaltungsfläche.

Steuer nach der Roheinnahme

§ 13

- 1) Für die Steuer nach der Roheinnahme gelten die für die Kartensteuer maßgeblichen Sätze.
- 2) Die Steuer entsteht mit Beginn der Veranstaltung. Im Übrigen gelten §6 Absatz 4 sowie §8 Abs. 3 und 4 entsprechend.

Gemeinsame Vorschriften und Verfahren

§ 14 Meldepflichten

- 1) Vergnügungen, die in der Gemeinde veranstaltet werden, sind bei der Gemeinde mindestens drei Werktage vorher anzumelden.
- 2) Zur Anmeldung sind der Unternehmer der Veranstaltung und der Inhaber der dazu benutzten Räume oder Grundstücke verpflichtet.
- 3) Bei Veranstaltungen einzelner Unternehmer kann die Gemeinde eine einmalige Anmeldung für eine Reihe von Veranstaltungen für ausreichend erklären.
- 4) In den Fällen des §1 Nr. 4 und 5 ist die Inbetriebnahme eines Apparates oder Automaten in einer Gaststätte, einem Vereinsraum, einer Kantine oder einem anderen der Öffentlichkeit zugänglichen Ort unverzüglich anzumelden.
Als Inbetriebnahme gilt die erste Aufstellung des Gerätes, wenn der Gemeinde entgegenstehende Umstände nicht unverzüglich mitgeteilt worden sind. Die Anmeldung gilt für die gesamte Betriebszeit dieses und eines im Austausch an seine Stelle tretenden gleichartigen Gerätes, die Außerbetriebnahme des angemeldeten Gerätes oder des Austauschgerätes ist unverzüglich zu melden; andernfalls gilt als Tag der Außerbetriebnahme frühestens der Tag der Meldung.

Tritt im Laufe des Kalendermonats an die Stelle eines der in §9 genannten Apparates und Automaten im Austausch ein gleichartiges Gerät, so gilt für die Berechnung und Entrichtung der Steuer das ersetzte Gerät als weitergeführt.

§ 15 Vorverlegung der Fälligkeit, Sicherheitsleistung

Die Gemeinde kann die Leistung einer Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld verlangen, wenn die Durchsetzung des Steueranspruchs gefährdet erscheint.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

Verstöße gegen diese Vergnügungssteuersatzung sind Ordnungswidrigkeiten und werden nach OWG (§§ 16 bis 19 des Thür. Kommunalabgabengesetzes) geahndet.

§ 17 Inkrafttreten / Außerkrafttreten

Die Vergnügungssteuersatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Die Vergnügungssteuersatzung vom 24.05.95, zuletzt geändert am 19.09.2001, tritt hiermit außer Kraft.

Weinbergen, den 20.11.2003

Menge
Bürgermeister

Die öffentliche Bekanntmachung wurde durch die Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 18.11.2003 zugelassen.